



HESSISCHER LANDTAG

02. 07. 2024

Plenum

Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion der SPD**

Die Anzahl der Cyberangriffe wächst, Künstliche Intelligenz ist Chance und Risiko zugleich – Cybersicherheit und -resilienz müssen oberste Priorität haben

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die starke Zunahme von Cyberangriffen und -spionage auf private Unternehmen, öffentliche Einrichtungen, wichtige Infrastrukturen wie beispielsweise im Gesundheitswesen, im Verkehrsbereich, im Finanzwesen, aber auch auf Parteien das wirtschaftliche Wachstum, die staatliche Integrität und damit unseren demokratischen Rechtsstaat bedrohen. Die Bedrohungslage hat sich durch den schädlichen Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) weiter verschärft. Angreifer nutzen KI-Technik zum Beispiel bei Deep Fakes, DDoS-Angriffen, Credential Stuffing-Attacken oder beim Auffinden und Ausnutzen von Schwachstellen in IT-Systemen.
2. Der Landtag bekräftigt den Nutzen von KI im Bereich der Cybersicherheit. Zielgerichtet eingesetzt, trägt KI zu einer erfolgreichen Angriffserkennung und -abwehr bei. Der Nutzung von spezifischen Daten zum Training der entsprechenden KI-Software kommt unter anderem im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung eine besondere Bedeutung zu. Der Landtag hält es für erforderlich, den Behörden die notwendigen rechtlichen Befugnisse zum Einsatz von KI an die Hand zu geben.
3. Der Landtag begrüßt, dass das Land gute Strukturen aufgebaut hat, um Cyberangriffen und den daraus resultierenden Bedrohungen zu begegnen. Das CyberCompetenceCenter (Hessen3C), das die zentrale Einrichtung der hessischen Cybersicherheitsarchitektur ist, soll weiter gestärkt werden. Über seine Mitgliedschaft im Nationalen Cyber-Abwehrzentrum steht Hessen im direkten Austausch mit den Sicherheitsbehörden des Bundes. Der Landtag unterstreicht die Forderung der Länder, dass die Bund-Länder-offene Arbeitsgruppe Hybride Bedrohungen sich in Zukunft unter anderem mit den Themen Desinformation, wirtschaftliche Einflussnahme, Spionage, dem Schutz kritischer Infrastruktur und der Abwehr von Cyberangriffen befassen sollte.
4. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung als weitere wichtige Bausteine der Cyberresilienz ein Aktionsprogramm „Kommunale Cybersicherheit“ und die Schaffung einer hessischen Cybersicherheitsplattform und eines Informationssicherheitsrats beabsichtigt. Hierdurch sollen die relevanten Akteure aus Staat, Wirtschaft und Wissenschaft im Land vernetzt werden. Angesichts akuter Bedrohungslagen steht die IT-Sicherheit fortwährend vor neuen und komplexen Herausforderung. Ziel der Landesregierung ist es, die Cybersicherheitsforschung, insbesondere die Kryptographie-, Computersystemsicherheits- und Resilienzforschung, weiter auszubauen. Das Land arbeitet dabei eng mit dem Cybersicherheitszentrum ATHENE zusammen.
5. Der Landtag hebt hervor, dass im Krisenfall eine sichere und stabile Kommunikation gewährleistet werden muss. Diese bildet die Grundlage für die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktion. Der Landtag stellt fest, dass die Telekommunikationsnetze und Rechenzentren damit zu den wichtigsten kritischen Infrastrukturen zählen, die es zu schützen gilt. Für eine möglichst vollständige Übersicht der Lage im Telekommunikations- und IT-Bereich ist nach Auffassung des Landtags eine enge Abstimmung mit den in Hessen aktiven Telekommunikationsunternehmen (TKU) und Rechenzentrumsbetreibern notwendig.

6. Der Landtag stellt fest, dass die Telekommunikations- und IT- Infrastrukturen auch von hybriden Angriffen betroffen sind. Die physische Zerstörung von Glasfaser- und Stromleitungen, Rechenzentren oder Verbindungsknoten kann die Kommunikation ebenso stark beeinflussen wie ein Cyberangriff. Der Landtag ist daher der Auffassung, dass in diesem Zusammenhang der Aufbau von bedarfsgerechten Redundanzen wichtig ist, um im Notfall zum Beispiel den Ausfall eines Rechenzentrums oder einer Telekommunikationsleitung abfangen zu können.
7. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung beabsichtigt, ein anwendungsnahe „Krisen-Resilienzcenter“ aufzubauen, um bedarfsgerechte Lösungen für digitale Kommunikationsmöglichkeiten zu entwickeln und damit im Krisenfall gerüstet zu sein. Hier werden sich Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft vernetzen und mit dem Forschungsprojekt „emergenCITY – Resilienz für digitale Städte“ der Technischen Universität Darmstadt kooperieren. Dabei werden die von den zuständigen Fachressorts im Hessischen Sicherheits- und Resilienzrat definierten Bedarfe berücksichtigt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 2. Juli 2024

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert